

MASTERARBEIT von Caroline-Melanie Saller, MSc.

TITEL: „Nachhaltiges Denken und Handeln der politischen Mandatarinnen und Mandatare im Bezirk Mödling“. Eine 'Feldstudie' mit Handlungsempfehlungen für eine verantwortungsbewusste und zukunftsweisende Politik in Niederösterreich.

Kurzfassung

Die Masterarbeit analysiert das „nachhaltige Denken und Handeln“ der politischen Mandatarinnen und Mandatare im Bezirk Mödling anhand einer Feldstudie und spricht Handlungsempfehlungen für eine verantwortungsbewusste, nachhaltige und zukunftsweisende Politik in Niederösterreich an.

Ein Literaturteil zum Thema Nachhaltigkeit informiert über folgende Themen: Historische Entwicklung des Begriffs, 3-Säulen Prinzip, Charta von Aalborg, Agenda 21, Energie- und Umweltagentur Niederösterreich (ENU), Projekt „Gemeinde 21“. Weiters werden die allgemeinen politischen Strukturen auf Bezirksebene beschrieben. Der Untersuchungsraum ist auf den Bezirk Mödling beschränkt und deswegen wird im Literaturteil nur der politische Bezirk beschrieben, die Wahlergebnisse der Gemeinderatswahlen 2010 angesprochen und drei konkrete Nachhaltigkeitsbeispiele vorgestellt.

Die Forschungsfrage der Arbeit lautet: *„Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den politischen Funktionen im Gemeinderat und dem persönlichen „nachhaltigen Denken & Handeln“ eines Mitgliedes des Gemeinderates? Und welche (Nicht-)Bedeutung hat „nachhaltiges Denken & Handeln“ für Mitglieder des Gemeinderates?“* Als Methode wird das qualitative Expertinneninterview/Experteninterview herangezogen. Insgesamt wurden zwanzig Interviews durchgeführt und die Zusammenfassungen der Interviews dienen als Datenquelle für die Auswertung. Im Ergebnissteil werden die Erkenntnisse der Arbeit diskutiert und Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

Die Ergebnisse der Arbeit könnten als Basis für die Entwicklung eines „Nachhaltigkeitsguide/Sustainability-Guide/Nachhaltigkeitshandbuch“ oder eines „Nachhaltigkeitsseminars“ für politische Mandatarinnen und Mandatare dienen oder neue Perspektiven für Umweltgemeinderätinnen/Umweltgemeinderäte aufzeigen. Wie zum Beispiel die Erweiterung der Kompetenzen in Hinblick auf Nachhaltigkeit und eine größere Anerkennung der Funktionsausübung, das heißt die Einführung einer/eines geschäftsführenden Umweltgemeinderätin/Umweltgemeinderates und ein damit verbundenes eigenständiges Kommunalbudget für Nachhaltigkeitsprojekte in den Gemeinden. Ein „echtes Stimmrecht“ für alle Umweltgemeinderätinnen/Umweltgemeinderäte im Gemeinderat wäre ebenfalls anzudenken, welches eine Gültigkeit in Unabhängigkeit der parteipolitischen Zusammenstellung des Gemeinderates hat, damit die zuständige Person im Sinne der Nachhaltigkeit besser agieren kann.